

# GÖTTINGER BLÄTTER

02.2018

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

## ▶ Mit privaten Investoren ist langfristig kein sozialer Wohnungsbau möglich!

Der Hintergrund für diese Aktion der Ratsfraktion der Göttinger Linke und des Ortsratsmitglied Hendrik Falkenberg in Grone sind die Mieterhöhungen der Adler Real Estate in Grone (Die Göttinger Blätter berichteten auf der Grobian-Seite) und der Plakataktion der SPD Anfang Dezember des vergangenen Jahres.

Wähler-Innengemeinschaft  
Göttinger Linke  
im Rot der Stadt Göttingen

Die Ratsfraktion der Göttinger Linken informiert:

**Zuhause muss wirklich bezahlbar bleiben.**

**ABER:**

**35% Mieterhöhungen nach einer Sanierung durch die Adler Real Estate AG in Grone sind nicht bezahlbar!**

**6.500 neue Wohneinheiten: Ja! Doch mit privaten Investoren ist langfristig kein sozialer Wohnungsbau möglich.**

**Wir fordern: Fördergelder für gemeinnützigen Wohnungsbau, damit neu geschaffener Wohnraum dauerhaft bezahlbar ist.**

**SPD/CDU/CSU/Grüne haben es jahrelang unterlassen, sozialen Wohnungsbau zu fördern. Auch wir freuen uns, wenn Sie Ihre Ratsfrauen und -männer genau hiernach fragen.**

**Günstige Mieten statt hoher Renditen**

Dieses Plakat hängt seit dem 26. Januar für 10 Tage auf zwei Großplakaten in Grone

6.500 neue Wohnungen versprach die SPD auf ihren Plakaten für Göttingen in den nächsten Jahren. Doch zum Mietpreis der Wohnungen sagte sie nichts.

Wie „neue Wohnungen“ gehen, zeigt aber gerade die Adler Real Estate in Grone: Sie bauen auf die vorhandenen Häuser eine Etage obendrauf und „modernisieren“ gleichzeitig die vorhandenen Wohnungen (Außenfassade, Balkone und Aufzüge). Dabei erwarten sie nach eigenen Aussagen im Anschluss eine im Durchschnitt um ca. 2 Euro / qm gestiegene Miete.

Das ergibt zwar neue Wohnungen, aber wohl auch eine ganze Reihe neue MieterInnen in den alten Wohnungen. Denn: Viele der jetzigen BewohnerInnen werden sich die Miete nicht mehr leisten

können, wenn sie statt 370 Euro für 70 qm dann 510 Euro zahlen müssen.

Die Grobiane und der Verein „IN Grone“ führten im Dezember (und am 1.2.; hier lag bei Redaktionsschluss noch kein Bericht vor) je eine Mieterversammlung durch, in denen sie einerseits über die geplanten Maßnahmen informierten und andererseits die MieterInnen die Möglichkeit hatten, sich selbst zu artikulieren.

Zur gleichen Zeit plakatierte die SDP-Stadtratsfraktion stadtweit ihre „gute Nachricht“.

Das Ortsratsmitglied in Grone, Hendrik Falkenberg, und die Stadtratsfraktion der Göttinger Linke wollen der Bevölkerung Alternativen zu der Art der Errichtung neuer Wohnungen näherbringen und deutlich machen, dass Neubau zu

### im Internet

www.goettinger-blaetter.de

### Kontakt

POST: Göttinger Blätter  
Lange Geismarstraße 2  
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen  
Telefon: 0551/67065

### Inhalt

Bezahlbare Mieten	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. im Kreistag	7
Die LINKE. Kreisverband	8
DIE LINKE. Kreisverband	9
GöLinke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Aufruf zur Abrüstung	12

### Redaktionsschluss

für die Ausgabe 03.2018  
ist der 16. Februar.  
Auslieferung am 22. Februar.

bezahlbaren Preisen nicht mit privaten Bauträgern zu machen ist. Wer dies wirklich wolle, müsse die gemeinnützigen Bauträger nutzen und fördern sowie – vor allem – den sozialen Wohnungsbau ankurbeln. Und dies geht nun kaum in der Kommune. Hier sind die SPD- (und anderen) Abgeordneten im Land und im Bund gefordert. (gusi)

### Solidaritätsveranstaltung:

## Ein Kleinbus für La Paz Centro

**13. Februar, 19:00 Uhr**  
**Holbornsches Haus;**  
**Rote Str. Nr. 34**

Zur aktuellen Situation in La Paz Centro  
(Mehr auf der FG-Seite, S.3)



# Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: [www.goettingen.vvn-bda.de](http://www.goettingen.vvn-bda.de) • Email: [vvn-goettingen@secarts.org](mailto:vvn-goettingen@secarts.org)

## ► Nazialarm im Bundestag

von Cornelia Kerth, Bundesvorsitzende der VVN-BdA

12.000 Menschen demonstrierten am 22. Oktober rund um den Bundestag, einige Hundert direkt davor zur ersten Sitzung des neuen Parlaments gegen die AfD. 12,6 Prozent der Wähler haben sie gewählt. Noch am Wahlabend hat Spitzenkandidat Gauland allen anderen – den 87,4 Prozent, die andere Parteien gewählt haben, den 25 Prozent, die nicht gewählt haben und den vielen, die nicht wählen durften – gedroht: »Wir holen uns unser Land zurück und wir holen uns unser Volk zurück«. Er spricht es nie offen aus, aber das »Zurück« verortet das handelnde »Wir« ganz deutlich in der deutschen Vergangenheit.

94 Sitze hat die AfD gewonnen, 92 Abgeordnete bilden ihre Fraktion. Die »Abtrünnigen« haben für das gleiche Programm kandidiert. Gewählt haben ihre Wählerinnen sie nicht trotz Höcke, sondern auch wegen ihm und wegen all der extrem rechten Positionen und Provokationen, die im Wahlkampf öffentlich wurden. Wie sonst wäre zu erklären, dass ihr Stimmenanteil sich seit ihrem Kölner Parteitag, bei dem Frau Petri und ihre angeblich gemäßigten Anhänger völlig isoliert waren, stetig nach oben entwickelt hat?

Gerd Wiegel, Referent der Linksfraktion im Bundestag, hat die neuen Abgeordneten aufgelistet und die verfügbaren Informationen ausgewertet. Bei 30 von ihnen ist eine politische Einschätzung bisher nicht möglich, vorläufig 40 rechnet er der »Partei-rechten« zu.

Darunter der Vorsitzende der Jungen Alternative, Markus Frohnmaier (»Wenn wir kommen, wird aufgeräumt«), der Freiburger Staatsanwalt Thomas Seitz, der SPD, Grüne und Linke als »Verräterbande« und Geflüchtete als »Invasoren« bezeichnet, der Berliner Naturwissenschaftler Gottfried Curion, der von »Geburten-Djihad« spricht und die »Entheimatung« der Deutschen halluziniert und Siegbert Dröse aus Sachsen,

dessen PKW das Kennzeichen »L-AH 1818« trägt.

Der älteste Abgeordnete des Bundestags, der traditionell die erste Sitzung eröffnet hätte, zitierte die Aussage des italienischen Neofaschisten Mario Conso, der Holocaust müsse »ein Mythos bleiben, ein Dogma, das jeder freien Geschichtsforschung entzogen bleibt und als Vize-Präsidenten schlug die AfD mit Albrecht Glaser einen Kandidaten vor, der Muslimen das Grundrecht auf freie Religionsausübung entziehen will. Dass Glaser in drei Wahlgängen nicht gewählt wurde, trug der Fraktionsvorsitzenden eine Einladung in die Tagesthemen ein, in der sie über Demokratie, Grundgesetz und den Islam dozieren durfte. Das lässt erahnen, dass auch nach den Wahlen Medienpräsenz und Themen der AfD gesichert bleiben.

Ganz sicher ist, dass 94 Abgeordnete rund 400 Mitarbeiterinnen in Bundestags- und Wahlkreisbüros einstellen werden. Angesichts der geringen Dichte an eigenem Personal, dürften diese zu einem erheblichen Teil der alten und der »neuen« Rechten entstammen, dem Umkreis der »Jungen Freiheit« und der Sezession, den Identitären und verschiedenen Burschenschaften. Wir wissen, welche Macht, die »Deutsche Stimme« im Verbund mit der sächsischen Landtagsfraktion der NPD und ihren Mitarbeitern in Sachsen entfalten konnte. Nicht zufällig hat die AfD dort und ganz besonders in der Sächsischen Schweiz ihre besten Ergebnisse erzielt.

Kaum weniger als 500 aus Steuergeldern bezahlte Nazis und ihnen Nahstehende werden in den nächsten vier Jahren versuchen, ihren Einfluss in Deutschland zu vergrößern. Es ist unser Auftrag, das zu verhindern.

Dabei können wir nicht bei der AfD stehen bleiben. Breiter Protest gegen die extreme Rechte im Land muss auch die

in die Verantwortung nehmen, die ihnen den Weg bereitet und rassistische Diskurse gesellschaftsfähig gemacht haben: Die hessische CDU mit ihrer Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, Thilo Sarrazin mit »Deutschland schafft sich ab«, die SPD, die ihn nicht ausgeschlossen hat und die Medien, die das Machwerk zum Bestseller gemacht haben. Breiter Protest muss auch gegen die gerichtet werden, die im Windschatten der AfD nach rechts außen streben, wie die CSU, die eine angeblich »rechts offene Flanke schließen« will. Schon gibt es die ersten Kooperationen zwischen CDU und AfD: gemeinsam haben sie in Sachsen-Anhalt die Einrichtung einer Enquete-Kommission zum »Linksextremismus« beschlossen.

Die AfD zu isolieren bedeutet auch Kritik an jenen, die glauben, Wähler und Wählerinnen zurückzugewinnen, indem sie Themen und Haltungen von rechts übernehmen oder nach rechts korrigieren, von »Obergrenze« bis »man habe sich die Haltung zu den Flüchtlingen zu einfach gemacht.« Nicht der Aufruf des »dienstältesten« Abgeordneten Solms (FDP) auf Ausgrenzung und Stigmatisierung zu verzichten, darf die nächsten vier Jahre bestimmen, sondern der Appell, den »Aufstehen gegen Rassismus« an alle neugewählten Abgeordneten gerichtet hat: Keine Zusammenarbeit mit der AfD!

**Stoppt die AfD. Aufstehen gegen Rassismus.  
Unsere Alternative heißt Solidarität.**

”

Stolz auf die »Leistungen der deutschen Soldaten in zwei Weltkriegen«, Deutschland als »Marionetten«-Staat, »Siegermächte« und Araber und Sinti und Roma als »kulturfremde Völker« – solche Äußerungen des Spitzenpersonals gingen breit durch Medien. Die Wähler und Wählerinnen hat es zumindest nicht gestört. Auch »Protest« hat eine Richtung.

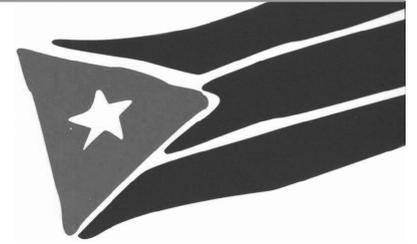
# Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen  
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

## Mitgliederversammlung

### Keine MV im Februar

Siehe Veranstaltungshinweis „Ein Kleinbus für La Paz Centro“



unser Kooperations-  
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer  
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

## ▶ Erhöhte Zahl der Niereninsuffizienz-Erkrankung im Zuckerrohranbau

Die Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA widmet die Seite dieser Ausgabe einer notwendigen Kampagne für die Anschaffung eines Transportfahrzeuges für Erkrankte in der nicaraguanischen Stadt La Paz Centro.

Ende letzten Jahres erreichten uns dramatische Nachrichten aus La Paz Centro, einer Stadt in Nicaragua, die schon lange über die Projektarbeit des Nicaragua-Vereins „mit Göttingen verbunden“ ist: Es gibt einen rasanten Anstieg der chronischen Niereninsuffizienz vor allem unter Zuckerrohrarbeitern.

Die Gründe für diese Entwicklung liegen insbesondere in den unzumutbaren Arbeitsbedingungen.

Es wird bei hohen Temperaturen, häufig ohne Pause, Sonnenschutz und Trinkwasseraufnahme über 12 Stunden täglich gearbeitet.

Dazu kommen Belastungen von weitgehend unkontrolliertem Einsatz von Herbiziden, Fungiziden und Insektiziden in den Monokulturen des Zuckerrohranbaus, auch solchen die in der EU schon jahrelang verboten sind.

Trinkwasserbrunnen enthalten wegen dieser intensiven Anwendung Pestizid-

rückstände und belasten die Gesundheit weiter.

Arbeitsschutzbedingungen und faire Löhne werden regelmäßig umgangen durch das Anheuern von Subunternehmen, ähnlich dem Vorgehen in der norddeutschen Fleischindustrie.

40% der männlichen Bevölkerung sind betroffen. Mittlerweile sind fast tägliche Beerdigungen die Regel.

Die offiziellen Stellen geben bis zu 400 Erkrankungen an, wobei die Dunkelziffer wahrscheinlich höher liegt. Dialysebehandlungen sind vor Ort nicht möglich, die Transportkosten zum nächsten Krankenhaus wegen der vorherrschenden Armut von den Menschen nicht tragbar.

Um die Situation der Menschen vor Ort umgehend zu erleichtern, wird die Ratsfraktion der Wählergemeinschaft Göttinger Linke im Rat der Stadt am 16.2. einen Antrag zur kurzfristigen Bereitstel-

lung von Mitteln in Höhe von 35.000 Euro stellen. Damit soll die Anschaffung eines Kleinbusses für den Transport der Erkrankten zu den Dialysezentren finanziert werden. Dies ist besonders jetzt wichtig, da es erste Ansätze unter den Betroffenen gibt, sich selbst zu organisieren.

Zur Information und Unterstützung des Ratsantrages gibt es am 13. 2. um 19:00 Uhr eine Solidaritätsveranstaltung vom Nicaragua-Verein gemeinsam mit der Ratsfraktion und der Wählergemeinschaft Göttinger Linke. Sie wird stattfinden im Holbornschen Haus in der Roten Str. Nr. 34. Dabei informiert Anna Leineweber vom Nicaragua-Verein über die aktuelle Situation in La Paz Centro und ein Vertreter von medico-international über die weitere Verbreitung und Bedeutung der chronischen Niereninsuffizienz in Nicaragua. Gerd Nier als Ratsherr informiert über den Antrag für den Stadtrat.



Solidaritätsveranstaltung:

## Ein Kleinbus für La Paz Centro

**13. Februar, 19:00 Uhr  
Holbornsches Haus;  
Rote Str. Nr. 34**

Mit Anna Leineweber vom Nicaragua-Verein und ein Vertreter von medico-international zur aktuellen Situation in La Paz Centro  
Veranstalter:  
Nicaragua-Verein und die der Ratsfraktion und der Wählergemeinschaft Göttinger Linke.



# Deutsche Kommunistische Partei

## Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, [dkpgoettingende.wordpress.com](http://dkpgoettingende.wordpress.com), [goettingen@dkp-niedersachsen.de](mailto:goettingen@dkp-niedersachsen.de)

## ► Beitragsfreier Kindergarten oder mehr Qualität?

Seit einigen Jahren gibt es in Niedersachsen bereits die Beitragsfreiheit für Kinder, die im dritten Jahr den Kindergarten besuchen. Dieses Gesetz wurde durch die rot-grüne Koalition auf Landesebene in Kraft gesetzt.

Hier ist festgelegt, dass das Land an die Kommunen pro Ganztagsplatz 160,00 Euro zahlt. Die Elternbeiträge jedoch sind in Göttingen oftmals höher, so dass das Jugendamt die Differenz zum tatsächlichen Beitrag, der dann nach dem Einkommen der Eltern gestaffelt ist, übernimmt. Die Stadt zahlt also drauf und das können sich nicht alle Kommunen leisten. In diesem Fall müssen die Träger der Kindergärten sehen, woher die Differenz kommt. Im Übrigen zahlen die Jugendämter für gering Verdienende nur den Mindestbeitrag an die Einrichtungen.

Die niedersächsische GroKo will nun ihr Wahlversprechen einlösen und auch die Elternbeiträge im ersten und zweiten Jahr stufenweise abschaffen: Ab dem Kindergartenjahr 2018/19 soll der Elternbeitrag im zweiten Jahr und ab dem Kindergartenjahr 2019/20 im ersten Jahr abgeschafft werden.

Da Kindergärten Bildungseinrichtungen sind ist das durchaus zu begrüßen. Schließlich ist es in diesem Land sehr teuer für Familien und Alleinerziehende Kinder zu haben. Es besteht jedoch

die berechtigte Sorge der kommunalen Spitzenverbände, dass die Kommunen zumindest auf einem Teil der Kosten hängen bleiben werden und/oder auf die Träger abwälzen.

Nach ersten Gesprächen zwischen dem neuen niedersächsischen Kultusminister Tonne und den kommunalen Spitzenverbänden hat das Land zugesagt, 52% der Personalkosten in den Kindergärten zu übernehmen, um die Kommunen zu entlasten. Diese haben zwar 2/3 gefordert und rechnen nun, ob dieser Anteil auskömmlich ist.

Gleichzeitig streiten die Kita-Stadtelternräte in Niedersachsen, ver.di, die GEW, die Kirchengewerkschaft, Wohlfahrtsverbände und die Landesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen bereits seit einigen Jahren für eine Verbesserung der Qualität in Form eines veränderten Betreuungsschlüssels, indem sie eine dritte Kraft in den Kindergartengruppen fordern. Und sie unterstützen eine entsprechende Qualitätsinitiative auf Bundesebene.

Hierzu hat es in Niedersachsen bereits eine geringe Verbesserung durch die sogenannte „Quickrichtlinie“ in 2017 gegeben: Für jede zweite Gruppe wird eine halbe Kraft zusätzlich, befristet auf zunächst zwei Jahre, finanziert.

Ein Fazit, das Sozialwissenschaftler\_innen aus dem Bildungsstreik 2015

### Mitgliederversammlungen/ Termine/Veranstaltungen

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden bei **Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72**, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

**MV Dienstag, 06. Februar, 20:00 Uhr**

Ostermarsch-Vorbereitung

**MV Dienstag, 20. Februar, 20:00 Uhr**

Letzte Parteitag-Vorbereitungen

**Die DKP-Treffen finden jetzt jeden ersten und dritten Dienstag im Monat statt (ggf. auch den fünften).**

nach der Befragung von pädagogischen Fachkräften gezogen haben, ist, dass sich viele Kolleg\_innen statt oder neben einer finanziellen Aufwertung bessere Arbeitsbedingungen in Form eines besseren Betreuungsschlüssels wünschen. Dann würden sich bestimmt mehr junge Menschen entschließen, eine pädagogische Ausbildung oder ein entsprechendes Studium zu absolvieren; das ist wegen des Fachkräftemangels mehr als überfällig.

Wir sollten gemeinsam mit den Kolleg\_innen für mehr Qualität UND für beitragsfreie Kindertagesstätten als Bildungseinrichtungen streiten! Für die Umsetzung bedarf es jedoch mehr Geld von Bund und Land an die Kommunen. (R.K.)

## 20. UZ-PRESSEFEST

DAS FEST DES FRIEDENS UND DER SOLIDARITÄT

**KONSTANTIN WECKER**  
**ESTHER BEJARANO & MICROPHONE MAFIA**  
**KAI DEGENHARDT ★ KLAUS DER GEIGER**  
**ERICH SCHAFFNER ★ SKA-KONZERT ★ U.V.M.**

THEATER ★ LESUNGEN ★ KINDERFEST ★ FLOHMARKT ★ BÜCHERMARKT  
DISKUSSIONEN ★ AUSSTELLUNGEN ★ GRAFIKEN VON DIETER SÜVERKRÜP  
INTERNATIONALE SPEZIALITÄTEN ★ UMSONST & DRAUSSEN

**7. – 9. September 2018**  
**Revierpark Wischlingen Dortmund**



**DKP**  
[www.dkp.de](http://www.dkp.de)

# GROBIAN Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags, Ort bitte vorher erfragen



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer  
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

## ▶ Nebenkostenabrechnung der Adler Real Estate falsch Mieter prüfen die Abrechnungen

Mit Datum vom 27.11.2017 haben die Haushalte die zur Adler Real Estate (ARE) gehören, am 18.12. (!) die Nebenkostenabrechnungen für das Jahr 2016 erhalten. Die Briefumschläge tragen keinen Poststempel.

Die Abrechnungen fielen häufig durch hohe Nachzahlungsforderungen auf.

Recherchen ergaben, dass sehr, sehr viele (aber offenbar nicht alle) Abrechnungen falsch sind: Die Vorauszahlungen wurden falsch berechnet, meist sind die Vorauszahlungen für die Wasserver- und -entsorgung nicht berücksichtigt. So kommen falsche Forderungen von 300, 400 Euro zustande!

Aber auch dort, wo es nur geringe Nachzahlungsforderungen gibt, hat sich das Nachrechnen gelohnt: Es waren eigentlich Rückzahlungen angesagt!

Auch aus dem Nachbarschaftszentrum und der Verwaltungsstelle Grone gibt's die Information, dass Betroffene dort Rat suchten. Auch hier konnten fehlende Beträge bei der Nebenkostenvorauszahlung nachgewiesen werden.

Brisant im Schreiben der Verwaltungsgesellschaft ist auch der Passus, dass die Mieter innerhalb eines Monats nach Zustellung der Abrechnung eventuelle Widersprüche geltend zu machen haben, da sonst von einer Anerkennung der Abrechnung ausgegangen wird. Dies aber ist falsch, da nach BGB § 556, Abs. 3 dafür ein Jahr Zeit besteht!

Trotz Nachfragen aber blieb die Hausverwaltung „cool“ und sah keinen Anlass, aus eigenem Antrieb ALLE Abrechnungen noch mal zu prüfen.

Das Ortsratsmitglied der Göttinger Linke, Hendrik Falkenberg, hat sich in einem offenen Brief an die ARE gewandt, in dem er die Vorgänge kritisierte und unmittelbare Abhilfe einforderte. Diesen Brief dokumentieren wir im nebenstehenden Kasten

(gusi)

Hendrik Falkenberg  
Martin-Luther-Straße 3  
37081 Göttingen  
Tel: 0160 76 66 0 73  
Für die WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke  
im Ortsrat Grone

Göttingen, 10.01.2018

An die  
ADLER Real Estate AG  
Joachimsthaler Straße 34  
10719 Berlin

An die  
WBG GmbH  
Südstraße 22  
38350 Helmstedt

### Fehlerhafte Nebenkostenabrechnung 2016 in Ihren Objekten in Göttingen-Grone

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den letzten Tagen sind verschiedene MieterInnen sowohl aus Grone-Nord als auch aus Grone-Süd an mich herangetreten, weil ihnen die zugestellten Nebenkostenabrechnungen für das Jahr 2016 fehlerhaft erscheinen.

So sind häufig in der Summe der Vorauszahlungen die ebenfalls gezahlten Beträge für „sonstige Umlage/Wasser“ nicht enthalten. Dies bedeutet z.B. bei 45,- Umlage/Wasser pro Monat bereits einen Fehlbetrag von 540 im Jahr. So kommt es teilweise zu sehr hohen Nachforderungen, wo in der Realität Rückzahlungen ausgewiesen sein müssten.

Zum einem großen Teil sind diese hohen Nachforderungen bei den Betroffenen bereits per Lastschrift abgebucht worden. Meines Wissens sind bei Ihnen auch bereits einige Widersprüche zu den Nebenkosten eingegangen.

Ich möchte Sie daher an dieser Stelle bitten, die Abrechnungen aller Mietobjekte eigenständig zu überprüfen und die jetzt schon eingezogenen Beträge zurück zu überweisen.

Viele Ihrer Mieter vertrauen Ihnen und überprüfen Ihre Abrechnung nicht so ausgiebig, mache verstehen diese Abrechnung ohne fremde Hilfe nicht, manche trauen sich nicht, zu widersprechen. Wenn offensichtlich ein systematischer Fehler in der Abrechnungsmethode zu Grunde liegt, korrigiert ein seriöses Unternehmen dieses eigenständig und informiert die MieterInnen.

Ich sende dieses Schreiben in Kopie auch an die Stadt Göttingen, da diese bei TransferleistungsempfängerInnen die Nebenkostennachzahlung zu zahlen hat, sowie an die Presse damit diese über die häufigen Abrechnungsfehler berichten und die MieterInnen hierdurch informieren kann.

Ich hoffe auf eine schnelle Abhilfe  
Hendrik Falkenberg

PS.: Beispielrechnung Ihrer Abrechnung:

	gezahlt	berechnet
VZ Heizkosten	83,00 €	83,00 €
VZ Betriebskosten	106,00 €	106,00 €
sonstige Umlage/Wasser	45,00 €	
Summe pro Monat	234,00 €	189,00 €
Summe Jahr	2.808,00 €	2.268,00 €
Vorderung	2.436,28 €	2.436,28 €
	371,72 €	- 168,28 €
Die Differenz sind 540,00€ = 12 x 45,00€		



# DIE LINKE.

[www.die-linke-goettingen.de](http://www.die-linke-goettingen.de)

## Kreismitgliederversammlung

**Donnerstag, 15. März 2017, 19 Uhr** bei Arbeit und Leben, Lange Geismar Straße 73, Göttingen

### Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Beschluss der Tagesordnung
2. Wahl einer Wahl- und Zählkommission
3. Nachwahl zum Kreissprecher\*innenrat
4. Schwerpunkt: Sozialökologischer Umbau – Was soll der Kreisverband tun? (Einführung: Eckhard Fascher)
5. Beteiligung an der Volksinitiative zur Einführung der Vermögenssteuer
6. Berichte: Kommunalpolitik, Ortsverbände und Arbeitsgruppen.
7. Verschiedenes

## LINKER Stammtisch

**Dienstag, 06. Februar, 20 Uhr** in der Hafensbar Kadenz

**Dienstag, 20. Februar, 20 Uhr** in der Hafensbar Kadenz

## Jugendverband [‘solid’]

**Donnerstag, 01. Februar, 19:30 Uhr** bei Arbeit und Leben, Lange Geismar Straße 72, GÖ

**Donnerstag, 08. Februar, 19:30 Uhr** bei Arbeit und Leben, Lange Geismar Straße 72, GÖ

**Donnerstag, 15. Februar, 19:30 Uhr** bei Arbeit und Leben, Lange Geismar Straße 72, GÖ

## Termine der Ortsverbände

### OV Göttingen Mitgliederversammlung

**Mittwoch, dem 28. Februar 2018, 19:30 Uhr**, Saal der Roten Hilfe

Schwerpunktthema: G 20 und Polizeiverhalten

### OV Altkreis-Osterode Mitgliederversammlung

**Dienstag, 20. Februar, 19 Uhr**, Alevitischer Kulturverein, Hauptstr. 6, Herzberg

### OV Rosdorf Mitgliederversammlung

Termin stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

### OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

**Mittwoch, 14. Februar, 18:00 Uhr**, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

## Strömungen

### Ökologische Plattform Treffen

**Freitag, 9. Februar, 19:00 Uhr** im Kreisverbandsbüro, Bürgerstr. 26, Göttingen

**Veranstaltungshinweis zur Vergiftung von Landarbeitern durch Pestizide in Nicaragua am Dienstag, 13. Februar, 19:00 Uhr** im Holbornschen Haus (s. S. 1)

### Treffen Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

**Dienstag, 06. Februar, 17.30 Uhr** im Cafe Inti, Burgstr. 17, Göttingen

### Veranstaltungen Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

### Von Corbyn und Sanders lernen? Möglichkeiten und Grenzen des Linkspopulismus

**Mittwoch, 7. Februar, 19 Uhr** im Holbornschen Haus, Rote Str. 34, Göttingen mit Dr. Thomas Goes, Sozialwissenschaftler, Göttingen

## KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: (0551) 49 56 66 80

[kreisverband@die-linke-goettingen.de](mailto:kreisverband@die-linke-goettingen.de)

### Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: [kreisverband@die-linke-goettingen.de](mailto:kreisverband@die-linke-goettingen.de)

### Jugendverband [;solid]:

Sinan Özen,

E-Mail: [linksjugend-goettingen@web.de](mailto:linksjugend-goettingen@web.de)

### Ortsverbände:

#### OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

[ortsverband@dielinke-goettingen.de](mailto:ortsverband@dielinke-goettingen.de)

#### OV Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow

Tel. 0551/49269269 und 01577/5895059

[rosdorf@dielinke-goettingen.de](mailto:rosdorf@dielinke-goettingen.de)

#### OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,

[bovenden@dielinke-goettingen.de](mailto:bovenden@dielinke-goettingen.de)

#### OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz

[kreis.osterode@die-linke-goettingen.de](mailto:kreis.osterode@die-linke-goettingen.de)

#### OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

[dransfeld@dielinke-goettingen.de](mailto:dransfeld@dielinke-goettingen.de)

## Zusammenschlüsse:

### Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

[eckhardfascher@web.de](mailto:eckhardfascher@web.de)

### Antikapitalistische Linke

Edgar Schu, Tel. 0551-20190386

[edgar.schu@goettinger-linke.de](mailto:edgar.schu@goettinger-linke.de)

### AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: [ag-gb@dielinke-goettingen.de](mailto:ag-gb@dielinke-goettingen.de)

### AG Frauen

**Britta Schmerling**, Tel. 0551-486538

### Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: [SL-Goettingen@web.de](mailto:SL-Goettingen@web.de)

### Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: [walter.noobsch.kpf@gmx.de](mailto:walter.noobsch.kpf@gmx.de)

### AG Antifa:

[ag-antifa@die-linke-goettingen.de](mailto:ag-antifa@die-linke-goettingen.de)

### Hochschulgruppe SDS: Katja Sonntag,

E-Mail: [katja.sonntag@die-linke-goettingen.de](mailto:katja.sonntag@die-linke-goettingen.de)

## Rosa-Luxemburg-Club

### Göttingen

Eckhard Fascher,

E-Mail: [rlc-goettingen@rls-nds.de](mailto:rlc-goettingen@rls-nds.de)

<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

## Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Göttingen

IBAN:DE39 2609 0050 3401 5108 00

BIC: GENODEF1GOE

# DIE LINKE. Kreistagsinfo aktuell

Nr. 8 - Dezember 2017

## Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

### EDITORIAL

Die letzte Kreistagssitzung 2017 war wie immer zum Jahresende durch die Haushaltsberatungen geprägt. Bei den neu eingebrachten Anträgen gab es jetzt – gemäß neuer GO – keine Debatte mehr, obgleich die aktivste und damit nervigste Gruppe im Kreistag – unsere – diesmal mit Neuanträgen sparsamer umging. Übrigens glänzte die „AFD“ größtenteils durch Abwesenheit. Sie beteiligte sich weder an der Debatte, noch stellte sie Anträge.

### TOP 2 – Tagesordnung/ Dringlichkeitsantrag

Hintergrund unseres Dringlichkeitsantrages: Ein halbes Jahr nach den G-20-Demonstrationen in Hamburg begab sich die Polizei in Göttingen auf „Spurensuche“, um die „Drahtzieher“ der „Krawalle“ am Rande des Gipfels ausfindig zu machen. Über die Razzien muss hier nicht mehr im Detail berichtet werden, auch nicht über die anschließende (Gegen-)Demonstration in Göttingen, bei der der Sohn eines Kreistagsabgeordneten von der Polizei anlasslos brutal misshandelt wurde. Wegen dieser in einem Rechtsstaat eigentlich nicht vorstellbaren Ereignisse stellte unsere Gruppe den Dringlichkeitsantrag, der Polizeipräsident möge doch einmal gegenüber dem Kreistag Rede und Antwort stehen. Die Zulassung des Antrags wurde von SPD-Boss Dierkes in einer substanzlosen Rede zurückgewiesen, unser Antrag zur Tagesordnung wurde niedergestimmt. Gut wäre es jedenfalls gewesen, wenn die „staatstragenden“ Parteien wenigstens in der Lage gewesen wären zu begründen, warum eine Debatte über die Ereignisse nicht erwünscht ist. Nicht einmal eine persönliche Erklärung durfte dann Mohan Ramaswamy abgeben.

### TOP 11 – 100 geförderte Arbeitsplätze schaffen

Diesen Antrag hatte unsere Gruppe zur Kreistagssitzung im September eingebracht. Eckhard Fascher erneuerte in seiner Rede unsere Kritik an den bisherigen Verhältnissen mit 1-€-Jobs und dem Fehlen der früheren ABM-Stellen. Ein zweiter Arbeitsmarkt sei ohne Alternative – diese Position übernahm dann übrigens auch der Landrat. Im übrigen verwies die neoliberale GroKo auf Nichtzuständigkeit bzw. Geldmangel und lehnte unseren Antrag ab.

### TOP 17 Resolution „Keine SGB-II-Mittelkürzungen“

Die Mehrheit beschloss auf Antrag von SPD/GRÜNE/FWLG, an den Bund zu appellieren, die SGB-II-Zuschüsse für die Optionskommune auskömmlicher zu gestalten. Ein Änderungsantrag von uns, an den Bund zu appellieren, auch geförderte Arbeitsplätze für Erwerbslose zu finanzieren, wurde aber abgelehnt. Entlarvend!

### TOP 14 – Haushalt 2018

Die Debatte begann mit einer Selbstbeweihräucherung des Landrates und der ihn tragenden Fraktionen. Dabei stellte Eckhard Fascher fest, dass offensichtlich SPD, Grüne und FWLG im wesentlichen ihre Aufgabe darin sehen, die Politik des Landrates abzunicken. Interessanterweise entdeckte die CDU auf einmal die Oppositionsrolle und stimmte wegen des von uns ebenfalls kritisierten fehlenden Zuschusses für das Fachwerk-5-Eck dem Haushalt entgegen ihrer ursprünglichen Absicht doch nicht zu. Unser Anliegen, fehlende Mittel durch Sparkassengewinne aufzufüllen, wurde nebenbei nochmals zurückgewiesen. Auch unsere bereits in den Ausschussberatungen eingebrachten Änderungsanträge für die Erhöhung oder Gewährung von Zuschüssen für soziale und kulturelle Initiativen wurden abgelehnt. Das betraf auch so kleine Beträge wie 3500 € für die medizinische Flüchtlingshilfe und 5000 € für die Neuauflage des Gedenkbuches für die jüdischen Einwohner. Am Stellenplan kritisierte Eckhard Fascher, den beginnenden Stellenabbau und die Arbeitsbedingungen bei ausgelagerten Gesellschaften wie der Kreismusikschule und GAB, denen die in der Kreisverwaltung üblichen Beschäftigungsbedingungen verweigert werden. Der Gesamthaushalt wurde von uns dementsprechend abgelehnt. Nur die Mehrheit aus SPD, Grüne und FWLG mit dem Landrat stimmte zu.

### TOP 18 – Ansiedlung eines großflächigen Möbelmarktes in Göttingen verhindern

Auch dieser Antrag wurde von uns bereits im September eingebracht (wir berichteten). Immerhin stimmten die Grünen diesmal mit uns und es gab viele Enthaltungen. Die übrigen Fraktionen fanden aber den Möbelmarkt entweder gut wie die SPD oder sie fühlten sich nicht zuständig.

### TOP 35 – Einführung eines Bürgerhaushaltes (Erstantrag)

Ziel eines Bürgerhaushaltes ist es, den Haushalt zunächst allgemeinverständlich aufzubereiten, um dann den Bürger\*innen zu ermöglichen, in die Haushaltsberatungen eigene Vorschläge einzubringen, mit denen sich die Kreisorgane dann zu befassen haben.

Mohan Ramaswamy wies in seiner Einbringungsrede auf positive Erfahrungen in anderen Kommunen hin. Zudem habe die gute Beteiligung der Bürger etwa bei der Debatte um den „Zukunftsvertrag“ in der Stadt Göttingen gezeigt, dass diese durchaus zu einer entsprechenden Mitarbeit in der Lage seien.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag  
 Kreishaus, Zi. 66  
 Reinhäuser Landstr. 4  
 37083 Göttingen  
 Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de  
 dielinke-goettingen.de/kreistag

### TOP 16 – Extremismus- prävention stärken

Da „rechts“ Chauvinismus und Ausbeutung bedeutet, „links“ dagegen Emanzipation und Solidarität, fragt man sich natürlich, was „Linksextremismus“ eigentlich sein soll. Eine zu solidarische und zu emanzipatorische Gesellschaft? Die CDU glaubt allerdings, dass es dieses zu bekämpfende Phantom gibt und ihr Abgeordneter Bornmann zog dafür ins (Wort-)Gefecht. Dabei gab er gleich zu, nicht für sich selbst zu sprechen, sondern für irgendwelche „Experten“, namentlich die Polizei. Dieser platte Rechtspopulismus wurde von unserer Rednerin Rieke Wolters entsprechend gewürdigt. Im Ergebnis wurde dann beschlossen, die Stelle zur Förderung von Vielfalt, Demokratie und Toleranz beim Landkreis Göttingen zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu entfristen.



### ► Fairer Umgang innerhalb der Partei notwendig

Diether Dehm gehört sicherlich zu den Politikern, die innerhalb der Partei nicht ganz unumstritten sind. Einige mögen seine Bündnispolitik oder seinen freundlichen Umgang mit Personen wie Christian Wulff oder Ken Jebsen nicht, anderen ist er in der Migranten- und Flüchtlingspolitik nicht weitgehend genug. Hier soll es aber nicht darum gehen, einzelne seiner Positionen zu verteidigen oder zu kritisieren, sondern am Beispiel Diether Dehm aufzuzeigen, wie nicht mit Genossinnen und Genossen umgegangen werden kann.

So wird aufgrund eines vor acht Jahren gefallenen Zitats Diether Dehm mit dem Antisemitismusvorwurf überzogen. Was war geschehen?

Beim Ostermarsch 2009 in Kassel beklagt der damals 74-jährige Schauspieler Rolf Becker vor mehreren hundert Demonstranten, dass die Friedensbewegung zu schwach war, um die Kriege der letzten 10 Jahre zu verhindern. Er zitiert

ein Antikriegsgedicht von Pablo Neruda und schildert die selbst erlebten katastrophalen Folgen des Angriffskrieges der NATO gegen Jugoslawien und die Verwüstungen der seit Jahren anhaltenden Kriege in Afghanistan und im Irak. Dafür bekommt er viel Beifall.

Die Stimmung kippt, als er seine Ratlosigkeit über den Umgang mit dem Gaza-Krieg thematisiert, angesichts jeglicher Gleichsetzung von Kritik an der israelischen Regierung mit Antisemitismus. Er zitiert UN-Angaben über Opferzahlen auf beiden Seiten – mehr als das Hundertfache in Gaza – fordert, die laufenden Waffenlieferungen an Israel einzustellen.

Zwei Dutzend Personen mit Israel- und US-Fahnen rufen daraufhin: „Nazi, Nazi, Antisemit“ und hindern ihn am Weiterreden. Der anwesende Diether Dehm verteidigt ihn: »Der Antisemitismus wurde das, was er wirklich ist: Eine massenmordende Bestie. Und deswegen

dürfen wir nicht zulassen, dass man den Begriff des Antisemitismus für alles und jeden inflationiert.«

Später äußert er noch den Satz: »Antisemitismus ist Massenmord und muss dem Massenmord vorbehalten bleiben.«

Der Journalist Christian Bommarius bezichtigte ihn aber letzten Monat wegen dieses vor acht Jahren gefallenen Satzes des Antisemitismus, was von anderen aufgegriffen wurde. Auch wenn man diesen letzten Satz nicht teilt: Ist Diether Dehm deswegen gleich judenfeindlich, lässt sich das aufgrund seines bisherigen Lebens nachweisen? Wohl nicht. Diether Dehm gehört zu den Begründern von „Rock gegen Rechts“, war bereits als Jugendlicher in der VVN aktiv und Ende der siebziger Jahre mit Ignaz Bubis im Römerbergbündnis. Bis heute holt Dehm häufig die Sängerin und Ausschwitz-Überlebende Esther Bejarano neben sich auf die Bühne, die mit ihrer Kunst das Gedächtnis an die Ermordeten in berührender Weise wachhält. In Reden und Büchern thematisiert er die Verbrechen der Nazis und des zweiten Weltkriegs.

Sachbezogene Kritik ist notwendig, aber nicht eine Gleichsetzung von Linken mit einer menschenverachtenden Ideologie. Vor allem dann, wenn dazu ein acht Jahre alter, aus dem Zusammenhang gerissener Satz bemüht werden muss.

Landesverband 05.01.2018

### ► Armutsrisiko in Niedersachsen so hoch wie noch nie

Das statistische Landesamt Niedersachsen hat am 4. Januar neue Daten zur Armutslage im Land vorgestellt. Dazu sagt der niedersächsische LINKEN-Bundestagsabgeordnete Victor Perli: „1,25 Millionen Niedersachsen sind von Armut betroffen, wie das statistische Landesamt ermittelt hat. Das Armutsrisiko war noch nie so hoch, zugleich sind vor allem mehr Nichtdeutsche von Armut betroffen.“

Es ist die Aufgabe der Politik die wachsende soziale Spaltung zu stoppen. Bei den Verhandlungen über eine neue große Koalition gehört dieses Thema nach vorne.

Wichtige Sofortmaßnahmen wären jetzt: eine Grundsicherung die diesen

Namen verdient, ein deutlich höherer Mindestlohn, eine scharfe Mietpreisbremse und eine Verdopplung der Investitionen in sozialen Wohnungsbau. Zudem sollte in der EU ein Wahlrecht für langjährige Einwohner ohne Inlandspass durchgesetzt werden.“

Weitere aktuelle Meldungen von DIE LINKE. Niedersachsen:  
<http://www.dielinke-nds.de>

### ► Linke Opposition gegen Schwarz-Rot

Pressekonferenz von Katja Kipping und Bernd Riexinger im Berliner Karl-Liebknecht-Haus

Die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Katja Kipping und Bernd Riexinger, übten im Rahmen der heutigen Pressekonferenz im Karl-Liebknecht-Haus scharfe Kritik an den Ergebnissen



der Sondierungen zwischen SPD und Union: Kampf gegen prekäre Arbeit und Altersarmut, Steuergerechtigkeit, Verbesserungen für Hartz-IV-Beziehende fehlen, dafür hat sich die CSU mit Obergrenzen und Beschränkungen des Familiennachzugs durchgesetzt. In einem Rückblick auf das vergangene und Ausblick auf das laufende Jahr freuten sich die Parteivorsitzenden über 8500 neue Mitglieder, die DIE LINKE. in Westdeutschland zur jüngsten Partei machen. Weiteres Thema der Pressekonferenz war der drohende Angriff der Türkei auf die YPG in Syrien.

Zur Pressekonferenz auf youtube:  
<https://www.youtube.com/>

# DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen/Osterode

Bericht vom Jahresauftakt der Linksfraktion

## Was passiert da in der LINKEN?

Beim Stichwort „Gerüchteküche“ denkt man gemeinhin an alles andere als an Professionalität. Was aber tun, wenn das Streuen von Gerüchten zu einem zentralen Metier der auflagenstärksten „Nachrichtenmagazine“ geworden ist? Es bleibt wohl nichts anderes übrig, als sich vor Ort selbst zu informieren. Was die Frage angeht, ob maßgebliche Akteure der LINKEN zu deren Spaltung, nämlich zur Neugründung einer „Volkspartei“ aufgerufen haben, bot sich dazu in diesem Jahr eine Reise nach Berlin am Liebknecht-Luxemburg-Wochenende an. Nach der Rosa-Luxemburg-Konferenz, am Samstag, 13. Januar mit vielen internationalen Gästen, und der Luxemburg-Liebknecht-Demo am Sonntag lud die Linksfraktion im Bundestag zu ihrem Jahresauftakt im ehemaligen Kino Kosmos nach Berlin-Friedrichshain ein. Der große Saal für regulär rund 2.000 Menschen war hoffnungslos ausgebucht, viele Menschen saßen auf den Treppenstufen und sehr viele konnten gar nicht mehr hinein kommen. Diese konnten sich die Veranstaltung nur im Livestream angucken. Es herrschte sehr gute Stimmung. Von der Neugründung einer Partei wurde dort von keiner der Redner\*innen etwas gesagt. Alle waren sich einig, dass alles dafür getan werden muss, damit DIE LINKE stärker wird. Dass sie die einzige soziale Opposition im Bundestag ist, auf die die Menschen in Deutschland hoffen können, wenn es darum geht, dass alle Menschen von ihren Löhnen und später von ihren Renten leben können, dass Deutschland nicht immer mehr zu einer weltweit kriegstreibenden Kraft wird, dass ein sozial-ökologischer Umbau unserer Gesellschaft vor allem auf Kosten der größten und mächtigsten Kapitale stattfinden muss.

Bei so viel Harmonie, was ist dann dran an den grassierenden Gerüchten, dass Sahara Wagenknecht und Oskar Lafontaine eine neue Partei gründen wollen?

Die Fraktionsvorsitzende hat es in ihrer Abschlussrede sehr gut auf den Punkt gebracht:

Die SPD hat seit 1998 zehn Millionen Wähler\*innen verloren. DIE LINKE hat bei Bundestagswahlen seitdem zwei Millionen Stimmen – im Vergleich zur damaligen PDS – dazu gewonnen. Was aber ist mit den übrigen acht Millionen? Sie sehen offenbar in der Politik der SPD nicht mehr die Vertretung ihrer Interessen, finden jedoch auch kein genügendes Vertrauen in die Politik der LINKEN. Sie ist dazu angetreten, die Agenda 2010 zu bekämpfen, die Macht der Allerreichsten zu brechen und einen Ausweg aus deren „Konzepten“ zur Gesellschafts- und Naturbeherrschung zu eröffnen, für Demokratisierung und Umverteilung. Hiermit stellt sich DIE LINKE in Gegensatz zu allen anderen Bundestagsparteien, aber nicht zu deren ehemaligen Wähler\*innen. Gerade um diese für sich zu gewinnen, darf DIE LINKE sich nicht durch Koalitionsspielchen in die Geisel-



haft der Parteien begeben, vor denen die Wähler\*innen aus guten Gründen gerade weg gelaufen sind.

Zur Erläuterung möchte ich aus der Rede des Theaterregisseurs Volker Lösch vom Juni 2017 anlässlich „10 Jahre DIE LINKE“ in der Volksbühne Berlin zitieren:

„[...] Ich wünsche dir, liebe LINKE, dass du groß und stark wirst, und dass du verdammt nochmal die Nerven behältst und es noch 4 Jahre in der Opposition aushältst, damit du Zeit zum Wachsen

hast! Denn wenn du erst einmal groß geworden bist, dann wirst du ansagen, wo's langgeht, und dann kannst du die Welt mal wirklich verändern, und nicht nur darüber reden.

Denn im Grunde bist du wirklich anders als die anderen, und ich wünsche dir, dass du das auch zu schätzen weißt, und dass du dich nicht unter Wert verkaufst.“

### Kämpferisches vom Gast aus Frankreich

Ein weiterer Höhepunkt der Veranstaltung war eine Rede von Jean Luc Mélenchon, des französischen linken Präsidentschaftskandidaten, der mit knapp 20 Prozent im ersten Wahlgang fast gleichauf sowohl mit dem konservativen Fillon als auch der Rechten Marine le Pen abschnitt, also fast in die Stichwahl gegen Macron gekommen wäre. Mit einfachen Worten beschrieb Mélenchon, dass eine Gemeinsamkeit der linken Kräfte in Europa gegen die Politik der verfassten EU für ein besseres Leben der Menschen in der gesamten EU notwendig sei. Mit seinen Stellungnahmen gegen die Austeritätspolitik, gegen die Aufrüstungsziele der EU, aber auch grundsätzlich gegen die NATO, gab er den Interessen der europäischen Bevölkerungen und der aus anderen Ländern nach Europa Fliehenden eine Stimme. Er nahm keine Rücksicht auf eingeschlossene Gewohnheiten, auf Staatsräson, auf die Interessen der Eliten, sondern sagte schlicht, wie er es sieht. Er kritisierte die Kriege der vergangenen Jahre gegen den Irak, gegen Libyen und gegen Syrien und die Aufrüstung gegen Russland scharf. Er fragte „Wogegen muss sich Europa verteidigen?“ Eine Frage, die, wenn sie so gestellt wird, klar macht, wie lächerlich es ist, angesichts der Politik der EU

von „Verteidigung“ zu sprechen. Es wurde klar, dass sie keinen Verteidigungshaushalt braucht. Dies sind Positionen, wie sie dem Interesse von 99% der europäischen und natürlich auch der deutschen Bevölkerung entsprechen.

Wir brauchen eine wirkliche linke Volkspartei, die sich hieran orientiert, statt Kompromisse, welche DIE LINKE möglichst weit zur SPD hinbewegt, die sich völlig zu Unrecht „Sozialdemokratie“ nennt, aber nichts Soziales mehr hat.

Edgar Schu



Wähler\*innengemeinschaft

**Göttinger Linke**

 Achtung, neuer e-Mail-Kontakt:  
 sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

## ► Ratssitzung in Hann. Münden am 18. Dezember

### Haushalt 2018

Im Rahmen der letzten Sitzung des Rates der Stadt Hann. Münden wurden der Haushalt und das Haushaltssicherungskonzept für das Jahr 2018 bei vier Enthaltungen und zwei Gegenstimmen (Kirsten Klein, Michael Kaufmann) beschlossen.

Der Text könnte hier zu Ende sein, denn damit ist im Grunde alles gesagt. Die große Haushaltsdebatte fand nicht statt: CDU und SPD waren sich in allen Punkten im Grunde einig und sind so gut wie nicht unterscheidbar und der überwiegende Teil der anderen Ratsmitglieder unterstützt deren Position; einzig meine Mitstreiterin in unserer kleinen Fraktion, Kirsten Klein, hielt in Ihrer Rede dagegen; sie bezeichnete den Haushalt und das Haushaltssicherungskonzept als das, was sie sind: katastrophal, inakzeptabel, unverantwortlich, Zerstörung des sozialen Friedens und Abbau von Demokratie.

Was noch fehlt, sind die Zahlen: Der vom Bürgermeister vorgelegten Haushaltsentwurf wies in seiner Rohfassung ein Defizit von 3,7 Mio aus; nach Einbindung des Haushaltssicherungskonzepts – vergleichbar mit dem Zukunftsvertrag in Göttingen – betrug der Fehlbetrag noch 806.000 Euro, weitere Kürzungen führten schließlich zu einem endgültigen Defizit von 573.300 Euro.

Die Verschuldung der Stadt liegt bei inzwischen 45,6 Mio Euro, Einnahmen in Höhe von 41,9 Mio Euro stehen Ausgaben von 42,6 Mio Euro gegenüber.

### Das Haushaltssicherungskonzept

Mit dem Haushalt 1995 wurde erstmals ein Haushaltssicherungskonzept eingesetzt, um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erreichen. Die eingesetzten Mittel waren u.a. regelmäßig die Anhebung der Gewerbesteuer (wobei die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage die Erhöhung der Gewerbesteuer übersteigt), der KiTa-Gebühren, der Straßenreinigung, der Preise für öffentliche Einrichtungen (Bücherei,

Museum, Hochbad,...), Einstellungsstopp in der Verwaltung, Reduzierung der Mittel für Vereine und Dorfgemeinschaftshäuser, Streichung der Förderung einer Frauenschutzwohnung und aktuell die drohende Schließung von Bücherei und Museum. All das führt dazu, dass das soziale Leben in Münden immer weiter eingeschränkt wird.

Beliebt bei der Mehrheit der Ratsmitglieder sind – nicht nur – während der Haushaltsberatungen auch regelmäßig Angriffe auf die Verwaltung und deren Beschäftigte (die Anzahl der Planstellen wurde seit 2006 um 21% reduziert), die physische und psychische Belastung der Beschäftigten wird ignoriert und abfällig bewertet und gleichzeitig von „Überstundenschneiderei“ gesprochen.

Ein weiteres Bubenstück innerhalb des Haushaltssicherungskonzepts der GroKo Münden ist die Verkleinerung des Stadtrates um sechs und die Verkleinerung der Ortsräte um 24 Sitze; die Einsparungen von jährlich 9.540 Euro (Stadtrat) und 2.160 Euro (Ortsräte) sind im Vergleich zum Gesamthaushalt (oder zu den Kosten für unsinnige Gutachten) als marginal anzusehen. Kleine Parteien und Initiativen werden ab 2021 nicht mehr oder nicht mehr in Fraktionsstärke im Mündener Rat vertreten sein; SPD und CDU sichern sich damit die Möglichkeit zu ungestörtem Durchregieren – soweit zum Demokratieverständnis dieser beiden.

Die Ursache für das Haushaltsdefizit ist nicht die Verwaltung oder die Kosten für öffentliche Einrichtungen, sondern es sind die politischen Vorgaben von Bund und Land; getragen von den Parteien, die hier vor Ort, getrieben von ihrer Schwarze-Null-Politik in Berlin und Hannover, die soziale Struktur mehr und mehr zerstören. Die gemeinsame neoliberale Sichtweise von CDU, SPD, FDP, Grünen und AfD wird nach „unten durchgereicht“: So ist die Bezeichnung „Konzern-Stadt“ inzwischen in den allgemeinen Sprach-

## Kontakte:

**Wähler\*innengemeinschaft  
Göttinger Linke**

 Rotes Zentrum,  
 Lange Geismarstraße 2  
 37073 Göttingen  
 www.goettinger-linke.de  
 E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

### SprecherInnenkreis:

 Thomas Bahrs, Dietmar Reitemeyer,  
 Bärbel Safieh, Dr. Christian Schüler,  
 Dr. Peter Strathmann, Stephan Wolf

### Kassierer:

Gunnar Siebecke

### Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

 Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)  
 Hiroshimaplatz 1-4  
 37083 Göttingen  
 Telefon: 0551- 400 2347  
[GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

### Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

### Öffnungszeiten des Büros:

Mo. 09:00 – 12:30 Uhr

Mi. 14:00 – 17:00 Uhr

Do. 13:00 – 17:00 Uhr

### Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

### Mandatsträger:

Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)

Rolf Ralle

Edgar Schu

## Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

**Mittwoch, 21. Februar, 19 Uhr**
**Neues Rathaus, Raum 1118**
**Thema:** BioWärmeZentrum  
 mit Experten-Input

**Mittwoch, 14. März, 17.30 (!) Uhr**
**Stadtwerke, Hildebrandstraße 1**
**Thema:** Quo vadis, Stadtwerke?

Anmeldung bis 1. März unter

[sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de](mailto:sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de)

gebrauch übergegangen, es wird nicht mehr von Haushaltsposten, sondern von „Produkten“ gesprochen, Projekte werden „bespielt“; die Sprache soll's richten. Wenn die betriebswirtschaftlichen Ideen sich über die Sprache in die Köpfe der Menschen setzen und unser Leben immer mehr nach Nützlichkeit bewertet wird, ist Schluss mit sozialem Zusammenhalt und funktionierenden sozialen Strukturen.

Der Entwicklung der Betriebswirtschaft hin zur Philosophie unserer Zeit und zum Steuerinstrument der Gesellschaft müssen wir uns konsequent entgegen stellen.



## Göttinger Linke fordert nach wie vor eine Gewinnausschüttung der Sparkasse

Erneut hat die Sparkasse Göttingen eine Rekordbilanz vorgelegt. Die Göttinger Linke dankt den Mitarbeiter\*innen der Sparkassen für Ihren Einsatz bei der Erzielung dieses Ergebnisses. Während der Vorstand im Vorjahr jedoch noch vollmundig ein Rekordergebnis verkündete, heißt es nun fast kleinlaut, „*dass das Betriebsergebnis mit 24,4 Mio. Euro sogar über dem 2016er-Ergebnis liegt.*“ Im Klartext: Im Jahr 2017 hat die Sparkasse Göttingen wieder ein neues Rekordergebnis erzielt! Die Göttinger Linke nimmt die diesjährige Bescheidenheit in der Formulierung einerseits schmunzelnd zur Kenntnis, kritisiert aber andererseits, dass erneut versucht wird, den kräftigen Gewinn vollständig in der Sparkasse zu halten. Den Haushalten ihrer Gewährsträger Stadt und Landkreis Göttingen soll wieder kein Anteil zugeführt werden. Die seit Jahren formulierte Prognose zur Abwehr der Forderung nach einer Gewinnabgabe, dass aufgrund der historischen Niedrigzinsen und anderer Umstände die Erträge rückläufig sein werden stellt sich als offensichtliche Schutzbehauptung heraus.

Die Göttinger Linke fordert bereits lange einen angemessenen Anteil von einem Drittel des Jahresüberschusses an die Haushalte von Stadt und Kreis abzuführen. Dies ist in immer mehr Kommunen üblich und fast allerorten wirtschaftlich vertretbar. Die Sparkasse verweist zwar immer wieder gebetsmühlenartig auf notwendige Kapitalstärkung aufgrund der Anforderungen der Basel III Regelungen. Doch die entsprechenden Anforderungen sind mit einer Quote von 11,69% (gemäß Risikobericht der SpkGö) längst erfüllt. Die jetzige Kernkapitalquote entspricht mittlerweile etwa dem Wert der Hamburger Sparkasse - der größten deutschen Sparkasse.

Die Göttinger Linke fordert die anderen Ratsfraktionen erneut auf, endlich dem bundesweiten Trend zu folgen und eine Ausschüttung der Sparkasse zu beschließen. Wir verweisen auf die Ratsdebatte vom Februar 2016, in welcher auch der Oberbürgermeister die Forderung der Göttinger Linken als weder unsittlich, noch unberechtigt wertete. Wir verweisen dabei auch erneut auf den Bericht des Landesrechnungshofs, der einen aktiven Umgang der Kommunen mit ihren Sparkassen anmahnt und fordert Ausschüttungsspielräume zu prüfen.

Wir stützen uns aber auch auf die konkrete Aussage eines Bewerbers für die neu zu besetzende Stelle eines Kämmerers. Dieser sich in der engeren Auswahl befundene, der CDU angehörende Kämmerer einer nordrheinwestfälischen Stadt, befürwortete eindeutig eine angemessene Ausschüttung der Sparkasse. Er verwies dabei nicht nur auf die Praxis in seiner Stadt Lemgo, sondern auf 70 Prozent aller Sparkassen in NRW.

## Kontaktdaten

**Fraktion Göttinger Linke  
im Rat der Stadt Göttingen**  
 Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)  
 Hiroshimaplatz 1-4  
 37083 Göttingen  
 Telefon: 0551- 400 2347  
[goeLinke-  
Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

**Fraktionsmitarbeiter:**  
 Udo Trost

**Öffnungszeiten des Büros:**  
 Mo: 9:00 – 12:30 Uhr  
 Mi: 14:00 – 17:00 Uhr  
 Do: 13:00 – 17:00 Uhr

## Aufruf

**abrüsten statt aufrüsten**<https://abruesten.jetzt/>

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart.

Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, Kommunalen Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.

Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik.

Militär löst keine Probleme. Schluss damit. Eine andere Politik muss her.

Damit wollen wir anfangen: Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.

Diese Einsichten werden wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten. Damit wollen wir helfen, einen neuen Kalten Krieg abzuwenden.

**Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde!****Erstunterzeichner\*innen:**

**Franz Alt**, Schriftsteller | **Dr. Wolfgang Biermann**, Politikwissenschaftler, Initiative neue Entspannungspolitik JETZT! | **Dieter Maschine Birr**, (Ex Puhdys), Musiker | **Roland Blach**, DFG-VK, Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“ | **Prof. Dr. Ulrich Brand**, Politikwissenschaftler, Institut Solidarische Moderne | **Prof. Dr. Peter Brandt**, Historiker, Initiative Neue Entspannungspolitik JETZT! | **Reiner Braun**, Präsident International Peace Bureau (IPB) | **Frank Bsirske**, Vorsitzender von ver.di | **Christine Buchholz**, MdB DIE LINKE. | **Marco Bülow**, MdB SPD | **Annelie Buntenbach**, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB | **Prof. Dr. Paul J. Crutzen**, Atmospheric Chemistry and Climate Research, Nobel Laureate 1995 | **Daniela Dahn**, Schriftstellerin | Das Rilke Projekt (Schönherz & Fleer), Erfolgreichstes Deutsches Lyrikprojekt | **Renan Demirkan**, Schauspieler, Autorin | **Prof. Dr. Klaus Dörre**, Soziologe | **Michael Erhardt**, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Frankfurt | **Ute Finckh-Krämer**, MdB (2013-2017) SPD | **Peter Freudenthaler**, **Volker Hinkel**, von Fools Garden | **Ulrich Frey**, Initiative Neue Entspannungspolitik Jetzt! | **Thomas Gebauer**, Geschäftsführer von medico international | **Wolfgang Gehrcke**, DIE LINKE. | **Stephan Gorol**, Kulturmanagement | **Dr. Rolf Gössner**, Vorstandsmitglied internationale Liga für Menschenrechte | **Prof. Dr. Ulrich Gottstein**, IPPNW Gründungs- und Ehrenvorstandsmitglied | **Susanne Grabenhorst**, stellv. Vorsitzende IPPNW Deutschland | **Jürgen Grässlin**, Bundessprecher der DFG-VK | **Hermann Josef Hack**, Bildender Künstler | **Uwe Hassbecker**, Musiker (Silly) | **Prof. Dr. Frigga Haug**, Soziologin | **Uwe Hixsch**, Bundesvorstand NaturFreunde Deutschlands | **Reiner Hoffmann**, DGB-Vorsitzender | **Philipp Ingenleuf**, Netzwerk Friedenskooperative | **Otto Jäckel**, Vorsitzender IALANA Deutschland, Vereinigung für Friedensrecht | **Kristine Karch**, Co-Chair International Network No to War – No to NATO | **Margot Käbmann**, Theologin | **Katja Keul**, MdB Bündnis90/die Grünen | **Katja Kipping**, MdB, Vorsitzende DIE LINKE. | **Toni Krahl**, Musiker (CITY) | **Sabine Leidig**, MdB DIE LINKE. | **Wolfgang Lemb**, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied IG Metall | **Sarah Lesch**, Liedermacherin | **Udo Lindenberg**, Musiker | **Anna Loos**, Schauspieler, Sängerin (Silly) | **Pascal Luig**, Co-Sprecher „Kooperation für den Frieden“ | **Jürgen Maier**, Forum Umwelt und Entwicklung | **Prof. Dr. Mohssen Massarrat**, Politikwissenschaftler, Friedensforscher | **Hilde Mattheis**, MdB SPD | **Birgitta Meier**, Friedensmuseum Nürnberg | **Prof. Dr. Thomas Meyer**, stellv. Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission | **Matthias Miersch**, MdB, Sprecher der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion | **Prof. Dr. Maria Mies**, Soziologin, Öko-Feministin | **Michael Müller**, Vorsitzender NaturFreunde Deutschlands, ehem. Staatssekretär im Umweltministerium | Julia Neigel, Sängerin, Songwriterin | Prof. Dr. Kai Niebert, Präsident des Deutschen Naturschutzringes (DNR) | **Wolfgang Niedecken**, Musiker, Sänger (BAP), Maler, Autor | **Prof. Dr. Norman Paech**, Völkerrechtler | **Alexis Passadakis**, aktiv bei Attac Deutschland | **Anne Rieger**, Bundesausschuss Friedensratschlag | **Clemens Ronnefeldt**, Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes | **Alex Rosen**, Vorsitzender IPPNW Deutschland | **Michaela Rosenberger**, Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG) | **Rene Röspel**, MdB SPD | **Prof. Dr. Werner Ruf**, Politikwissenschaftler, Friedensforscher | **Prof. Dr. Jürgen Scheffran**, Physiker, Vorsitzender International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility (INES) | Dr. Ute Scheub, Autorin | Heide Schütz, Vorsitzende Frauennetzwerk für Frieden | **Prof. Dr. Gesine Schwan**, Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission | **Prof. Dr. Johano Strasser**, ehem. Präsident des deutschen PEN | **Wolfgang Strengmann-Kuhn**, MdB Bündnis90/die Grünen | **Prof. Dr. Michael Succow**, Alternativer Nobelpreisträger, Michael Succow Stiftung | **Marlis Tepe**, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) | **Horst Trapp**, Friedens- und Zukunftswerkstatt | **Barbara Unmüßig**, Vorstand der Heinrich Böll Stiftung | **Hans-Jürgen Urban**, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied IG-Metall | **Willi van Ooyen**, Bundesausschuss Friedensratschlag | **Kathrin Vogler**, MdB DIE LINKE. | **Antje Vollmer**, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages a.D. | **Dr. Christine von Weizsäcker**, Biologin, Präsidentin von Ecoropa | **Prof. Dr. Ernst-Ulrich von Weizsäcker**, ehem. Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie | **PD Dr. Uta von Winterfeld**, Politikwissenschaftlerin | **Peter Wahl**, Wissenschaftlicher Beirat von Attac | **Renate Wanie**, Vorstandsmitglied Bund für Soziale Verteidigung (BSV) | **Konstantin Wecker**, Musiker, Komponist | **Prof. Dr. Hubert Weiger**, Vorsitzender des BUND | **Dr. Christa Wichterich**, Soziologin, Publizistin | **Heidmarie Wieczorek Zeul**, Bundesministerin a.D. | **Lucas Wirl**, Geschäftsführer IALANA & NaturwissenschaftlerInnen-Initiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit (NatWiss) | **Burkhard Zimmermann**, Initiative Neue Entspannungspolitik JETZT!.

*Angaben zur Person dienen der persönlichen Information*

